

Nebenkostenbeteiligung zur unentgeltlichen Wohnungsmitbenutzung

zur Vorlage bei der Leistungsbehörde nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Wohnungsinhaber/-in:

Herr/Frau _____ (Vorname) _____ (Familienname)
_____ (Anschrift)

ist Inhaber/-in folgender Wohnung:

_____ (Adresse) _____ (Postleitzahl) _____ (Ort)

Diese Wohnung hat der/die Wohnungsinhaber/-in ohne eine Pflicht zur Begleichung einer Kaltmiete an folgende/n

Mitnutzer/-in (bei mehreren Personen der Haushaltsvorstand):

Herr/Frau _____ (Vorname) _____ (Familienname)
_____ (Geburtsdatum) _____ (Staatsangehörigkeit)

mit weiteren _____ (Anzahl) Haushaltsangehörigen

seit dem _____ (Datum) zur Mitnutzung überlassen.

Die Wohnung ist ca. _____ Quadratmeter gem. Wohnflächenverordnung groß und wird ggf. einschließlich des/der Wohnungsinhabers/-in ggf. nebst Haushaltsangehörigen sowie des/der Mitnutzers/-in ggf. einschließlich dessen/deren Familienangehörigen von insgesamt _____ (Anzahl) Personen bewohnt.

(Hinweis: Sofern der/die Wohnungsinhaber/-in selbst Mieter/-in ist, hat dieser die Berechtigung zur Mitnutzung des/der Mitnutzers/-in selbständig mit seinem Vermieter abzuklären und sollte zur Prüfung der Angemessenheit durch die Leistungsbehörde den entsprechenden Mietvertrag nach Möglichkeit in Kopie beifügen.)

Der/die Mitnutzer/-in verpflichtet sich gegenüber dem/der Wohnungsinhaber/-in, sich an den Nebenkosten gem. § 2 der Betriebskostenverordnung angemessen zu beteiligen.

Hierzu vereinbaren der/die Mitnutzer/-in und der/die Wohnungsinhaber/-in eine Beteiligung in Höhe von _____ Euro (Betrag) pro Kalendermonat.

Diese Vereinbarung zur Nebenkostenbeteiligung ändert nichts an der grundsätzlich unentgeltlichen Überlassung des Wohnraums.

Falls unzutreffend, bitte streichen:

Der/die Mitnutzer/-in vereinbart mit dem/der Wohnungsinhaber/-in, dass die zuständige Leistungsbehörde für das Asylbewerberleistungsgesetz den oben genannten bzw. angemessenen Betrag für die Nebenkostenbeteiligung monatlich direkt auf folgendes Konto des/der Wohnungsinhabers/-in überweisen soll:

_____ (IBAN)

Sowohl der/die Wohnungsinhaber/-in, als auch der/die Mitnutzer/-in verpflichten sich, das für den Ort der Wohnung zuständige Landratsamt bzw. die kreisfreie Stadt (Leistungsbehörde für das Asylbewerberleistungsgesetz) zu informieren, wenn die Mitnutzung beendet wird.

Eine Änderung dieser Vereinbarung bedarf der Schriftform. Dies gilt auch für dieses Schriftformerfordernis.

(Unterschrift Wohnungsinhaber/-in)

(Unterschrift Mitnutzer/-in)